



Starke Volksschule St. Gallen

info@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 18 / 2015

- NZZ am Sonntag, 19.4.2015,
Reden ist Gold, Kindliche Entwicklung
- Leserbrief
- FAZ, 23.4.2015, **Verabschiedet sich der Südwesten vom Leistungsprinzip?**
Einblicke in die schöne neue Lernwelt der Reformwütigen
- Zeit-Fragen, 28. April 2015,
TISA – geheim verhandeltes Abkommen mit geheimem Inhalt
- BZ, 30.04.2015, **Lehrer motzen, aber sie können auch etwas**
Gespräch mit Alain Pichard und Christoph Eymann
- Spiegel, 30. April 2015, **Schulreform in Finnland**
Weniger Fächer, mehr Wissen?
- Beobachter, 30. April 2015, **Schule Zurück zum Start!**
Turnstunde: Zürich will nur Lehrer mit Master-Abschluss.
- Tagblatt, 2. Mai 2015, **Im Katastrophenzustand**, Veranstaltung von M. Winterhoff
- **Realsatire**
Schule Schweiz, 1. Mai 2015, **Kompetenzorientierter Unterricht**
lvb.inform 2014/2015-03 März 2015, **Die Fleischkäsewerkstatt**
- **Karikatur** Lehrplan 21 an Expo Mailand

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung unter:
info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf
[PC-Konto 61-562879-4 \(IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4\)](https://www.scb.ch/interbank/IBAN/CH480900000615628794)
Für unsere Kinder - besten Dank

Falls Sie den Hinweis auf den Medienspiegel nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich hier ab.
kontakt@starkevolksschulesg.ch

Kindliche Entwicklung

Reden ist Gold

Nina Streeck



Reden, reden, reden – das zählt,
auch wenn das winzige Wesen kein Wort davon versteht.

Für die Entwicklung von Kindern ist es entscheidend, dass die Eltern von Geburt an mit ihnen sprechen. Früher Spracherwerb fördert die kognitive Entwicklung – und den Erfolg im Leben.

Wer seinem Baby einen Gefallen tun will, redet mit ihm. Wenn er die Windeln wechselt, Brei füttert oder es zu Bett bringt: reden, reden, reden. Auch wenn das winzige Wesen kein einziges Wort versteht. Wie viele Wörter ein Kleinkind hört, trägt entscheidend zu seiner Entwicklung bei. Ob es später in Schule und Beruf Erfolg haben wird, hat auch damit zu tun, dass seine Eltern genügend mit ihm reden, während es noch kaum mehr kann als schreien, schlafen und Milch trinken. Denn die Kleinen lernen nicht nur Wortschatz und Grammatik, sondern ihre kognitive Entwicklung schreitet voran, wenn sie Wörter hören.

Jüngst veröffentlichten die amerikanischen Psychologinnen Athena Vouloumanos und Sandra Waxman eine Studie, die aufzeigt, welchen Einfluss es auf Kinder in ihrem ersten Lebensjahr hat, Sprache zu hören. «Schon mit drei Monaten nutzen sie Sprache zum Kategorisieren, obwohl sie noch kein einziges Wort kennen», sagt Vouloumanos. Die Forscherinnen zeigten den Säuglingen mehrere Dinosaurier und sagten dazu jeweils das gleiche Wort, oder sie liessen einen Laut erklingen. Zuletzt führten sie entweder einen weiteren Dinosaurier oder einen Fisch vor.

Hatten die Kinder zuvor ein Wort gehört, als sie den Dinosaurier sahen, verwirrte sie der Fisch. Durch die Sprache hatten sie die Kategorie «Dinosaurier» gebildet, obwohl sie das Wort nicht verstanden. Schubladen wie diese brauchen wir, um etwas über die Welt zu lernen, denn mit ihrer Hilfe stellen wir Verknüpfungen her, nehmen Gemeinsamkeiten und Unterschiede wahr oder ziehen Schlussfolgerungen. Für Kinder ist es ein riesiger Fortschritt, allmählich ein System von Kategorien aufzubauen. Dabei unterstützt sie die Sprache, nicht aber ein Ton: Hörten die Babys nur den Klang, bildeten sie keine Dinosaurier-Kategorie und nahmen den Fisch ungerührt zur Kenntnis.

Wenig später, mit sechs Monaten, begreifen Kinder, dass Sprache der Informationsvermittlung dient. Die Forscher liessen sie beobachten, wie eine Person mehrmals den gleichen Gegenstand ergriff. Dann führten sie den Kleinen eine Situation vor, in der dieses Lieblingsstück für die Person ausser Reichweite lag. Die Kinder rechneten nun damit, dass ein Zweiter ihr den Gegenstand gebe, wenn sie mit ihm sprach. Tat er das nicht, reagierten die Kinder irritiert. Hustete die erste Person hingegen bloss, wunderten sich die Kinder nicht, wenn der Zweite

untätig blieb. Denn ein Geräusch, das wissen die Kleinen bereits, ist keine Bitte. Reden aber kann einen anderen zum Handeln bewegen.

Ermütigen statt tadeln

Weil Eltern, die wirtschaftlich und sozial schlechtergestellt sind, um solche Zusammenhänge oft nicht wissen und wenig mit ihren Kinder sprechen, tut sich bereits im Alter von drei Jahren eine gewaltige Lücke auf: Kinder aus wohlhabenden und bildungsnahen Familien haben bis dahin 30 Millionen mehr Wörter gehört als ihre Altersgenossen aus ärmeren Familien. Zu diesem Ergebnis kommt eine vielzitierte Studie von Betty Hart und Todd R. Risley aus dem Jahr 1995, die seitdem in zahlreichen Untersuchungen bestätigt wurde. Da die Konsequenzen so gravierend sind, versuchen diverse Initiativen unter dem Schlagwort «Word Gap», den Spracherwerb von armen Kindern in den USA zu fördern.

«Einen Word Gap gibt es auch bei uns», sagt Urs Moser, Leiter des Instituts für Bildungsevaluation an der Universität Zürich. «Allerdings schliesst man ihn nicht, indem man den Kindern Hunderte von Wörter präsentiert.» Denn die Kleinen hätten von dem Redeschwall nur etwas, wenn sie die Wörter in ihrem natürlichen Kontext hörten. Ein Paukprogramm für Vokabeln nützt ihnen hingegen nichts. Ebenso wenig Sinn ergibt es, sie vor den Fernseher zu setzen. Selbst ihren Eltern beim Gespräch über Platon zu lauschen, hilft ihnen nicht. «Kinder lernen Sprache, wenn man mit ihnen zusammen etwas macht und dabei gemeinsam die Aufmerksamkeit auf etwas richtet», sagt Christine Czinglar, Sprachwissenschaftlerin an der Universität Kassel. Wenn man ihnen erklärt, dass man ihnen jetzt eine Mütze aufsetzen wird, mit ihnen über die Auslagen beim Einkaufen redet, ihrem Blick folgt und ihnen sagt, was sie da eigentlich gerade betrachten.

Als die amerikanischen Forscher Hart und Risley Anfang der 1990er Jahre ihr Projekt starteten, wollten sie wissen, warum Kinder aus armen Familien schon in so jungen Jahren mit ihren Altersgenossen nicht mithielten. War es die Ernährung? Zu viel Fernsehen? Schlechter Schlaf? Sie beobachteten 42 Familien mit kleinen Kindern über einen Zeitraum von drei Jahren. Am Schluss, als die Kinder dreijährig waren, beherrschten die einen 1100 Wörter, die anderen nur 525. Die höher qualifizierten Eltern hatten nicht nur mehr mit ihren Söhnen und Töchtern gesprochen als die Arbeiter und die Sozialhilfeempfänger, sondern auch anders: Sie lobten und ermunterten sie vor allem, während die schlechtergestellten Eltern sie tadelten und entmutigten. Nicht nur viel zu reden, ist also wichtig, sondern auch, die richtigen Worte zu finden. Denn korrigieren lässt sich ein Kind auch ohne Gemecker: «Du willst den Ball?», kommt ohne Tadel aus, wenn das Kind nach «die Ball» verlangt hat.

Doch weder die Menge der Wörter noch die positive Ermunterung reichen aus. «Ob die Eltern einen differenzierten Wortschatz verwenden und komplexe Sätze bilden, hat entscheidenden Einfluss», sagt Catherine Walter-Laager, Privatdozentin für Pädagogik an der Universität Oldenburg. Sie hat an einer Studie der Universität Freiburg mitgearbeitet, die einen «Word Gap» bei Schweizer Kindern feststellt: Im Alter von unter zwei Jahren können Schweizer Kinder auf einen grösseren Wortschatz zurückgreifen, wenn sie in Familien mit höherem sozioökonomischem Status aufwachsen.

Für den deutschsprachigen Raum sind solche Studien allerdings rar. Zwar wird untersucht, wie sich die Herkunft auf den Schulerfolg auswirkt, doch den Faktor Sprache betrachten die Forscher nur selten isoliert. Sprachwissenschaftlerin Czinglar ist an einem Projekt der Universität Wien

beteiligt, das einen Zusammenhang von Spracherwerb und Herkunft aufzeigt; eine deutsche Studie kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

Ein halbes Jahr hinterher

Viele Wörter sowie die Grammatik zu kennen, ist für Kinder auch deswegen wichtig, weil ohne Sprache in der Schule nichts geht: Inhalte werden sprachlich vermittelt, Aufgaben in Worten formuliert. Wer gut spricht, ist im Vorteil. «Ein Kind kann in diesem Schulsystem nicht reüssieren, wenn es die Sprache nicht beherrscht», sagt Walter-Laager. Was vermeintlich harmlos mit einem kleinen Wortschatz beginnt, setzt sich in schlechteren Schulleistungen und entsprechender Berufswahl fort. Die Schere vergrössert sich mit der Zeit eher, denn Kinder saugen alles auf wie ein Schwamm. Ein einmal erworbener Vorteil lässt sich nur schwer einholen, wenn die Bevorteilten einfach im gleichen Tempo weiterlernen.

Wie früh die Weichen gestellt werden, erweist eine amerikanische Studie: Die Psychologin Anne Fernald zeigte Kindern zwei Bilder, eines von einem Hund, eines von einem Ball. Eine Stimme sagte: «Schau den Hund an.» Erst mit zwei Jahren wandten die armen Kinder ihren Blick dem Hundebild so schnell zu wie die reichen Kinder im Alter von eineinhalb Jahren. Bereits zu diesem Zeitpunkt hinkten sie ihren bessergestellten Altersgenossen ein halbes Jahr hinterher

NZZ am Sonntag, 19.4.2015

<http://www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/kindliche-entwicklung-reden-ist-gold-1.18525050>

Leserbrief

Wenn die Autorin des Artikels „Reden ist Gold“ in der NZZ am Sonntag vom 19. April 2015 auf Grund statistischer Untersuchungen aus Deutschland und den USA einen so verfehlten Kommentar zum Sprechen lernen von Säuglingen und Kleinkindern veröffentlichen darf, so ist dem klar die Aussage von Alt Bundesrat Furgler entgegen zu halten: „Wenn Sie nichts zu sagen haben, dann schweigen Sie!“ Wieso in aller Welt sollen Reiche einen grösseren Wortschatz haben? Der Sachverhalt liegt völlig anders. Zwei zutreffende Aussagen werden erst in der Mitte des Textes erwähnt, um dann wieder mit Eltern verunsichernden Aussagen verwischt zu werden.

1. Es stimmt, dass ein „word gap“ nicht geschlossen werden kann, „indem man den Kindern Hunderte von Wörtern präsentiert“, weil es eindeutig davon abhängt, wie viele davon vom Klang her behalten werden können. Da liegen die Unterschiede, gleichgültig ob arm oder reich, Migrant oder alteingesessen, bildungsfern oder humanistisch gebildet.

2. „Kinder lernen Sprache, wenn man mit ihnen zusammen etwas macht und dabei gemeinsam die Aufmerksamkeit auf etwas richtet, ...ihrem Blick folgt und ihnen sagt, was sie da gerade betrachten“ oder machen. Dieser Teil der „Sprache“ bezieht sich auf den vom Sprechen unabhängigen Inhalt, auf „Verstehen“, denn ein Apfel bleibt von der Sache her ein Apfel, gleichgültig ob er als „Apfel“, „Öpfu“, „apple“, „pomme“, „mele“, „ringo“ oder „mämmäm“ bezeichnet wird. Was die „winzigen Wesen“ von Anfang an sehr wohl unterscheiden und somit „verstehen“ können und entsprechend darauf reagieren, sind feine Nuancen von gesprochenen Wörtern und Tönen, wie sie in die Arme genommen werden, welches Mienenspiel sie anlacht.

Dr. Barbara Müller Gächter, Kapfstr. 4b, 9436 Balgach

Verabschiedet sich der Südwesten vom Leistungsprinzip?

Soll sich das Gymnasium zu einer höheren Gemeinschaftsschule entwickeln? Einblicke in die schöne neue Lernwelt der Reformwütigen.

Von Matthias Burchardt

Noch tobt in Baden-Württemberg eine heftige Auseinandersetzung um die „Gemeinschaftsschule“. Bürgerinitiativen und Lehrverbände wehren sich zum Teil erfolgreich gegen die Umwandlung funktionierender Real- und Werkrealschulen nach Konzepten des „selbstgesteuerten“ Lernens. In dieser Auseinandersetzung standen die Gymnasien weniger im Mittelpunkt, wenngleich durch die Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung bereits an ihrer Erosion gearbeitet wurde. Wer allerdings darauf vertraute, dass im Rahmen eines „Zwei-Säulen-Modells“ der gymnasiale Bildungsweg erhalten bliebe, hat den Willen der grün-roten Regierung zur „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) unterschätzt. Nun soll auch das Gymnasium für die schöne neue Bildungswelt zurechtgestutzt werden – was wohl seine Aushöhlung zur „höheren Gemeinschaftsschule“ bedeuten dürfte.

Das offenbart ein kursierendes „Geheimpapier“ des Bildungsministeriums, dessen Titel „Gymnasium 2020“ schon unterstreicht, dass grundstürzende Reformen anstehen wie die Agenda 2010 oder der Lehrplan 21 in der Schweiz. Erarbeitet wurde es von einem nicht näher genannten Kreis, in dem neben ministerialen Akteuren auch Vertreter des Landeselternbeirates und der Direktorenvereinigung saßen. Wer federführend war oder nur der Legitimationsbeschaffung diene, ist unklar. Nicht dabei war der Philologenverband und damit auch der Sachverstand und die Interessen der Gymnasiallehrer. Da die grün-rote Landesregierung bereits bei der blitzartigen Einführung der Gemeinschaftsschule die Macht des Augenblicks genutzt hat, erscheint es deshalb dringend geboten, die Diskussion aus den Hinterzimmern in die Öffentlichkeit zu holen, denn die Reform soll direkt nach der nächsten Landtagswahl, also schon zum Schuljahr 2016/17 beginnen.

Intellektuell ist der Text eher unbefriedigend, da er weniger argumentativ als rhetorisch vorgeht: Pädagogische Selbstverständlichkeiten werden zu neuen Visionen erklärt. So soll sich das „Gymnasium 2020“ „durch eine Vertrauens- und Wertschätzungskultur und durch klare Reflexions- und Kommunikationsstrukturen“ auszeichnen. „Schüler und Lehrer begegnen sich in gegenseitigem Vertrauen.“ An welcher Schule soll das nicht gelten? Ist denn das aktuelle Gymnasium von einer Misstrauenskultur geprägt? Oder will man ebendas unterstellen, um Reformbedarf zu konstruieren? Ähnlich holperig wird der pädagogische Schwerpunkt herausgestellt: „Das Gymnasium 2020 profiliert sich als Schule des forschenden, eher theoretischen Lehrens und Lernens.“ Was soll „forschendes Lehren“ sein? Und war das wissenschaftspropädeutische Arbeiten nicht schon immer die Aufgabe des Gymnasiums? Doch sind diese konsensheischenden Hochwertbegriffe wohl nur das Präludium, um dann die Axt an das Selbstverständnis des Gymnasiums als soziale Leistungsschule zu legen: Nun sollen die „Bedürfnisse und Potenziale der Schüler“ Ausgangspunkt sein, nicht mehr der fachliche Anspruch. Demnach soll nun ein „differenzierender, Heterogenität bejahender pädagogischer Ansatz“ verfolgt werden. Auch hier wird also nun „Heterogenität“ gegen den Leistungsanspruch ausgespielt, sprich, das Niveau gesenkt, weil man ja nicht von allen das Gleiche verlangen könne. Sogleich wird dann für die neu erfundene Krankheit des Gymnasiums eben die Medizin verordnet, die auch der bisherigen Realschule den Garaus macht: der Umbau des gymnasialen Unterrichts. Unter zweifelhafter, weil willkürlicher und selektiver Berufung auf die Hattie-Studie soll die Qualität des gymnasialen Unterrichts ausgerechnet durch dessen Abschaffung gesteigert werden! Selbstlernphasen, Lernateliers, akademische Vorlesungen, Individualisierung, niveaudifferenzierte Kompetenzraster, Lernen an außerschulischen Lernorten sollen auch hier als

Elemente der wissenschaftlich umstrittenen „Neuen Lernkultur“ den bewährten Klassenunterricht zunehmend ersetzen. Ein kostensparender Nebeneffekt dürfte sein, dass selbstorganisiertes Lernen und pseudouniversitäre Vorträge wesentlich größere Gruppenstärken zulassen, so dass hier sicher auch Ressourcenersparnisse erhofft werden.

Ob diese Formen aber auch dieselbe pädagogische Qualität erbringen können, scheinen selbst die Autoren des Papiers zu bezweifeln, denn sie stellen den Schülern von der 5. Klasse an verpflichtend einen Coach zur Seite, der sie auf der „Ebene der Ich-Du-Beziehung“ kontrolliert und steuert, damit diese in der neuen Lernkultur nicht verlorengehen: „Where am I going? How am I going? What next?“. Dies als Stärkung von Beziehung herauszustreichen klingt zynisch, nachdem man durch Individualisierung und Selbstorganisation die Klassengemeinschaft atomisiert und die Rolle des Klassenlehrers auf die „formal-organisatorische Ebene“ beschränkt hat. Ein erfahrener Geschichtsdidaktiker kritisiert: „Anstelle des gemeinschaftlichen Lernens im Klassenverbund, welches den Schülern Rückhalt durch Mitschüler und die Zugehörigkeit zu einer Solidargemeinschaft gibt, werden die Schülerindividuen in der Lernzelle („Atelier“) isoliert, um die Treitmühle des „Kompetenzrasterlernens“ zu bedienen, und sie sind dabei einem „Coach“ ausgeliefert, der aus ihnen mit Psycho- und Managementtechniken soviel „herauszuholen“ versucht wie ein Fußballprofi-Trainer aus seinem „Spielermaterial“. Was darüber hinaus als „soziales Lernen“ angeboten wird, ist reines Rankenwerk ohne jeden emanzipatorischen Charakter.

Spätestens nun wird deutlich, dass das „Gymnasium 2020“ nicht etabliert werden soll, weil das Gymnasium 2015 seinen Auftrag nicht erfüllen könnte. Vielmehr soll das Gymnasiale schlechthin im Namen der Gemeinschaftsschuldoktrin überwunden werden. Wer also bisher gehofft hat, dass das Gymnasium im sogenannten Zwei-Säulen-Modell eine Art von Bestandsschutz genießen kann, wird eines Besseren belehrt. Offenbar soll es gezwungen werden, sich in eine verkappte Gemeinschaftsschule zu verwandeln, an der man unter dem Schlagwort „academic learning“ in der Oberstufe unter der Aufsicht von Coaches ein wenig Universität spielen darf.

Der Anpassungsdruck seitens der Gemeinschaftsschule prägt schließlich auch die Reformvorschläge zur „Weiterentwicklung“ der gymnasialen Oberstufe. Im 10. Schuljahr, fortan OS 1 (Oberstufe 1), können künftig Wechsler von der Gemeinschaftsschule in eine zweite Fremdsprache auf B-Niveau einsteigen und Vertiefungsangebote in den Hauptfächern und den Naturwissenschaften erhalten. Diese Konstruktion könnte als Misstrauen gegen die Lernergebnisse der Gemeinschaftsschulen gewertet werden. Sie bedeutet aber in jedem Fall eine Entwertung der gymnasialen Unter- und Mittelstufe und die Aufhebung der bisher gültigen Prinzipien einer durchgängigen Fachlichkeit und methodischen Kohärenz, welche schon ab der fünften Klasse einen konsistenten Bildungsgang mit dem Ziel der Allgemeinen Hochschulreife gewährleisten konnten. Auch leistungsstarken Realschülern stand es offen, auf diesem Weg zum Abitur zu gelangen.

Nun wird das gymnasiale Niveau durch die Reduzierung der schriftlichen Abiturleistungen gesenkt: „Die Schüler legen statt vier schriftlichen und einer mündlichen Prüfung künftig drei schriftliche und zwei mündliche Prüfungen ab. Eine der beiden mündlichen Prüfungen kann durch eine besondere Lernleistung ersetzt werden.“

Diese Erleichterungsstrategie kennt man bereits aus anderen Bundesländern. Sie wird bessere Abiturdurchschnitte hervorbringen und mehr erfolgreiche Abiturienten produzieren, und zwar „ressourcenneutral“, wie die Autoren zu betonen nicht müde werden. Damit stünde das „Gymnasium 2020“ als Zertifikatsdiscounter da. Allerdings führt eine höhere Akademikerquote bekanntermaßen nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit, sondern nur zur Entwertung von akademischen Abschlüssen. Außerdem steigen die Fehlqualifikationen zu Lasten von Absolventen in Wirtschaft und Gesellschaft. Dagegen gibt es schon Einsprüche seitens der Vertreter der beruflichen Gymnasien, die die Balance und Vielfalt möglicher Qualifikationen gefährdet sehen. Auch regional verwurzelte und langfristig denkende Unternehmer schauen mit Sorge auf die Entwicklungen im Land.

Pikant ist der Schlussteil des Papiers. Unter der Überschrift „Kommunikation und

Multiplikation“ wird die Propagandastrategie zur Vermarktung des neuen Gymnasiums dargelegt: öffentlichkeitswirksame Ministerauftritte in „Vorreiter-Gymnasien“ und die Top-down-Kommunikation mit den Betroffenen sind das Mittel der Wahl. Lehrerverbände werden schlicht informiert, nicht konsultiert, und Schulleitertagungen sollen zur unkritischen Multiplikation des Konzepts genutzt werden. Dieser autoritäre Zugriff erscheint angesichts der logischen Inkonsistenzen und inhaltlichen Zumutungen des Reformplanes erfolgversprechender zu sein, als sich dem „zwanglosen Zwang des besseren Argumentes“ auszusetzen.

Der Autor lehrt Bildungsphilosophie und Anthropologie an der Universität zu Köln.

<http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de/resources/MB-in-FAZ-23-04-2015.pdf>

TiSA – geheim verhandeltes Abkommen mit geheimem Inhalt

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Als nächstes blüht der Schweiz – wenn wir nichts dagegen unternehmen – das Hineinrutschen in sogenannte Freihandelsverträge (TTIP und TiSA), die in keiner Weise zum Wohle der Bürger abgeschlossen würden, übrigens auch nicht zum Wohle der Bürger aller anderen beteiligten Länder. Alles vom transatlantischen grossen Bruder geplant und gesteuert.

Durch irgendeinen gut informierten Internetnutzer erfuhren die interessierten Bürger vor einigen Monaten, dass die USA ein umfassendes Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen planen, «Trade in Services Agreement», kurz TiSA. Darin wollen sie möglichst viele Staaten ihrer Wahl – die «really good friends» – einbinden. In globalisierungskritischen Kreisen löst dieser Name verständlicherweise Argwohn aus. Die 23 TiSA-Länder dominieren etwa 70 % des weltweiten Dienstleistungssektors. Aber nicht nur in linken und grünen Kreisen lösen TiSA-Verhandlungen Unbehagen aus. Die ehemalige EU-Kommissarin und luxemburgische christlich-soziale Politikerin Viviane Reding sagte unlängst über TiSA: «Hier tickt eine Zeitbombe, nur hat sie noch niemand entdeckt.» (Radio SRF, 17.4.2015, Echo der Zeit)

Übrigens, die Schweiz gehört auch zu den gnädig Auserwählten, deren Dienstleistungsmarkt die USA gerne übernehmen möchten. Die geheimen Verhandlungen laufen seit dem Februar 2012 in Genf unter Führung der USA, Australiens und der EU.

Offenbar erfuhren auch unsere Parlamentarier erst spät von der Schweizer Beteiligung an den TiSA-Verhandlungen – so gut funktioniert das Geheimhaltungssystem! Jedenfalls wurde die Grüne Fraktion im Jahr 2014 aktiv: Nationalrätin Aline Trede (GP BE), mit

11 Mitunterzeichnern, wollte in drei Interpellationen vom Bundesrat wissen, auf welche rechtliche Grundlage sich die Teilnahme der Schweiz stützt, wodurch sich TiSA vom GATS unterscheidet, warum die Verhandlungen geheimgehalten werden und schliesslich: Welche Konsequenzen hätte die Unterzeichnung von TiSA auf den Service public (geplante Liberalisierung) und welcher Gerichtsbarkeit würde die Schweiz unterstehen? (14.3102, 14.4160 und 14.4295 Interpellation Trede)

Antworten des Bundesrates:

Die rechtliche Grundlage sei das Doha-Mandat von 2002 (!), da sich TiSA «nicht grundsätzlich» von GATS (General Agreement on Trade in Services) unterscheide. – Unterscheidet es sich also oder nicht?

Auch der Rest geht in schwammigen Ausführungen unter: Geheime Verhandlungen seien gesetzlich erlaubt [sic!], alles andere steht in den Sternen, zum Beispiel: «Die Frage eines allfälligen Streitschlichtungsmechanismus im TiSA ist offen und wird zu gegebener Zeit Gegenstand der Verhandlungen sein.» (Interpellation Trede 14.3102). Das heisst im Klartext: Auf Wiedersehen vor einem US-amerikanischen sogenannten «Schiedsgericht», ganz unparteiisch natürlich!

Im übrigen wird auf die schriftlichen Eingaben der Schweiz verwiesen: 14 an der Zahl, zu finden auf der Homepage des Seco (<http://www.seco.admin.ch>), alle ausschliesslich in englischer Sprache, ebenso wie zwei Medienmitteilungen.

Wie war das doch gleich mit den drei Amtssprachen der Schweiz? Jeder «Haberchäs» wird in der Bundesverwaltung fleissig übersetzt; allein die TiSA-Dokumente können nur diejenigen Bürger lesen, die so «weltoffen» sind, dass sie – die schon auf deutsch sehr komplexe! – Materie mühelos auf englisch lesen können?!

Kritische Bürger bringen die Sache auf den Punkt

Zum Glück sind die Schweizer nicht so leicht zu knacken. Ein herrliches Beispiel für die kritische Meinungsbildung der Bevölkerung finden wir in einer Informationsveranstaltung des VPOD (Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste) vor 30 Basler Bus- und Tramchauffeuren, kommentiert vom Schweizer Radio. (SRF 17.4.2015, 18.00 Uhr, Echo der Zeit) Die Gewerkschafter, Referent und Zuhörer, wie auch SRF-Redaktor Massimo Agostinis bringen genau auf den Punkt, warum sie mit Recht misstrauisch sind gegenüber der Teilnahme der Schweiz an einem von den USA initiierten und weitgehend der Öffentlichkeit verheimlichten Abkommen.

Denn TiSA soll nicht nur den privaten Dienstleistungssektor liberalisieren, also die Banken- oder Versicherungsbranche, auch staatliche Dienstleistungen könnten dereguliert werden, sagte VPOD-Zentralsekretär Stefan Giger in seinem Vortrag. Dazu gehörten auch das Gesundheitswesen, die Bildung oder der öffentliche Verkehr. Das alles sind Sektoren, in denen der VPOD stark vertreten ist. Deshalb ist er zurzeit die lauteste Stimme in der Schweiz gegen das TiSA-Abkommen. Einer der anwesenden Trämmer äusserte seine Beunruhigung darüber, dass schon GATS Ausgangspunkt für eine Ausweitung der Liberalisierung war, die weder für die Angestellten noch für die Endverbraucher, also die Steuerzahler gut ist.

Christian Etter, zuständig für Aussenwirtschaft im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), weist die Behauptung des VPOD weit von sich, wonach über die Hintertüre auch über staatliche Dienstleistungen wie das Bildungs- oder Gesundheitswesen verhandelt werde: «Also diese Aussage basiert auf falschen Vorstellungen.» Die Karten auf den Tisch legen darf er allerdings nicht, denn die verhandelnden Nationen haben sich strikte Geheimhaltung auferlegt. Christian Etter verweist auf die Homepage des Seco, wo alle Punkte aufgelistet sind, worüber die Schweiz nicht verhandeln will. Dazu gehören alle heutigen staatlichen Dienstleistungen wie Post, öffentlicher Verkehr, Gesundheits- und Bildungswesen und anderes.

Stefan Giger vom VPOD entgegnet, es stimme, das Seco wolle darüber nicht verhandeln, aber über die Annexe zum eigentlichen Abkommenstext würden auch Bereiche hineinkommen, welche die Schweiz nicht haben möchte. Das Seco sagt auch hier: «Falsch! Ein Annex gelte nur, wenn er auch von allen angenommen worden sei.»

TiSA werde den Handlungsspielraum der Politik zugunsten von privaten Unternehmen weiter einschränken, beharren Globalisierungskritiker. Das Problem ist: Niemand weiss, ob diese Fälle mit TiSA tatsächlich zunehmen werden. Denn worüber genau verhandelt wird, wissen nur die wenigsten. Und das ist vermutlich der grösste Schwachpunkt.

Kommentar:

Lassen wir uns die Aussagen des Seco, also des für TiSA zuständigen Staatssekretariats, noch einmal auf der Zunge zergehen (unter Berücksichtigung des Hinweises der SRF-Wirtschaftsredaktion, dass Christian Etter seine Karten nicht auf den Tisch legen darf):

«[...] es sollen unnötige, ungerechtfertigte Handelshemmnisse abgebaut werden, und die Planungssicherheit für das internationale Dienstleistungsgeschäft soll erhöht werden».

Gemeint sind Handelshemmnisse, die durch die Gesetzgebung der Nationalstaaten zum Schutz ihrer eigenen Volkswirtschaft errichtet wurden: Diesen nationalen Gesetzen sollen die Interessen der multinationalen Konzerne vorgehen; Planungssicherheit bedeutet, dass die globalisierten Grosskonzerne für Jahre im voraus ihre Investitionen planen können, ohne Gefahr zu laufen, durch entsprechende nationale Gesetze daran gehindert zu werden.

Zum Verdacht der Gewerkschaft VPOD, es werde über die Hintertüre auch über staatliche Dienstleistungen wie das Bildungs- oder Gesundheitswesen verhandelt: «Also diese Aussage basiert auf falschen Vorstellungen.»

Da das Seco ja seine Karten nicht auf den Tisch legen kann/will, bleibt im dunkeln, welche Vorstellungen hier richtig oder falsch sind.

Weder die Basler VPOD-Mitglieder noch wir wissen, was richtig oder falsch ist. Mit der Grünen Fraktion in Bern und den Basler Bus- und Tramchauffeuren müssen wir Bürger uns zu Wort melden und einen Stopp verlangen zu Verhandlungen, die sicher den globalen Grosskonzernen einen Run auf das Dienstleistungsgeschäft in der Schweiz und in vielen anderen Staaten ermöglichen würden, aber den KMU, Arbeitnehmern, Konsumenten und unserem qualitativ hochstehenden Service public nur zum Schaden sein kann. •

Motion «TiSA. Service public ist nicht verhandelbar»

Mit der Motion «TiSA. Service public ist nicht verhandelbar» (Nr. 14.3368 vom 8. Mai 2014, noch nicht im Plenum verhandelt) richtete die Grüne Fraktion vor einem Jahr zwei sehr klare Aufforderungen an den Bundesrat:

1. «Der Bundesrat muss garantieren, dass keine Leistungen des Service public in den TiSA-Verhandlungen offeriert werden.
2. Der Bundesrat wird beauftragt, das Verhandlungsmandat zu TiSA des Seco zumindest den zuständigen Kommissionen [des National- und Ständerates, Anm. Zeit-Fragen] offen zu legen.»

Die Antwort des Bundesrates gibt Anlass zu höchster Beunruhigung: Nach einer Wiederholung der oben erwähnten Nebelwerfer folgt der lapidare Satz: «Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.»

Im Klartext: Der Bundesrat weigert sich erstens, den Schutz des Service public vor der Liberalisierung/Privatisierung zu gewährleisten.

Der Bundesrat beharrt zweitens auf seiner Behauptung, er habe das Mandat für seine geheimen TiSA-Verhandlungen vor 12 Jahren vom Parlament erhalten, zwar nicht für TiSA-Verhandlungen, aber für so etwas Ähnliches.

Es ist nun am National- und Ständerat, den Bundesrat auf seinen Platz zu verweisen.

Zeit-Fragen, 28. April 2015

«Lehrer motzen, aber sie können auch etwas»

Von Franziska Laur.

Der Sekundarlehrer Alain Pichard ist mit der Schulpolitik von Erziehungsdirektor Christoph Eymann unzufrieden. Er spricht von einer Verarmung der Schule.

BaZ: Viele Lehrer klagen über zu viel Bürokratie im Schulalltag. Stimmt das?

Christoph Eymann: Ganz generell nimmt die Bürokratie zu, ja, nicht nur in der Schule. So haben wir neu das Öffentlichkeitsprinzip, das eigentlich eine gute Sache ist, aber man kann es auch übertreiben. Ich hatte kürzlich eine Diskussion mit Amtsstellen, in der gefordert wurde, dass Lehrer ihre persönlichen Notizen über Schülerinnen und Schüler zehn Jahre aufbewahren und gegebenenfalls auch veröffentlichen müssen, was ich einen völligen Nonsens finde. Wir haben Arbeitsgruppen, die ermitteln sollen, was an Bürokratie gestrichen werden kann. Dazu gehe ich davon aus, dass auch Lehrpersonen unnötige Bürokratie melden. Weiter kommt dazu, dass wir als Entgegenkommen kleinste Pensen zulassen, 20 Prozent beispielsweise, und diese verlangen sehr viele Absprachen.

Leidet das Kerngeschäft unter dieser Bürokratie, Herr Pichard?

Alain Pichard: Wir können noch unterrichten, doch es wird erschwert. Am Beispiel Integration sieht man das gut. Wenn Kleinklässler in eine normale Klasse integriert werden, müssen wir uns überlegen, wie man sie benoten will. Nun ist man dazu gekommen, sie von den Lernzielen zu befreien und individuell zu benoten. Anstatt dass man uns die Umsetzung überlässt, richtet man ein irres Verfahren ein, mit internen Formularen, Berichten, die niemand liest. Das ist völliger Blödsinn, so etwas frisst Zeit, die vom Unterricht weggeht.

Könnte man da abbauen, Herr Eymann?

Eymann: Es gibt möglicherweise auch bei uns Formulare, bei welchen der Sinn nicht klar ist. Dann müsste man damit aufhören. Doch wir müssen auch sehen, unsere Gesellschaft hat sich verändert und es werden viele Probleme in die Schulstube getragen, obwohl sie nicht zum Kerngeschäft der Bildung gehören.

Ist es nötig, dass die Schule auch gesellschaftliche Defizite beheben muss?

Pichard: Man muss aufpassen, dass man der Schule nicht Allmachtsfantasien zubilligt. Man spricht von Drogen-, Umwelt- und Sexualerziehung, Gewaltprävention und vielem mehr. Ich habe festgestellt, dass die Wirkung von Schule beschränkt ist. Wir können heute nicht einmal einen lebensrettenden Schwimmstil garantieren. Und wenn 15 bis 20 Prozent unserer Schüler die Schule nach neun Schuljahren verlassen, ohne richtig lesen und schreiben zu können, dann stimmt grundsätzlich etwas nicht mehr.

Hat die Schule Allmachtsfantasien, Herr Eymann?

Eymann: Nein, die Schule therapiert nicht. Die Schule ist zwar aus der Optik der Gesellschaft zur Reparaturwerkstatt geworden. Das ist nicht ihre Kernaufgabe, doch Lehrer sagen mir, wenn Probleme wie Gewalt in die Schulstube getragen werden, kann man nicht die Augen verschliessen davor. Eine Lehrerin sagte mir, ihr sei es ein Anliegen, dass die Kinder ihrer Klasse Bitte und Danke sagen können.

Lehren Sie Ihre Kinder Bitte und Danke sagen, Herr Pichard?

Pichard: Das gehört dazu. Man kann nicht alles voraussetzen. Früher waren die Kinder einheitlicher sozialisiert. Heute haben wir eine viel grössere Heterogenität. Dem müssen wir uns stellen. Ich bin jedoch skeptisch, wenn aufgrund dieser Veränderung ausserschulische Fachgruppen oder Fachstellen Unterrichtsmaterial entwerfen. Die bringen oft sehr wenig.

Wird die Schule als Reparaturwerkstatt institutionalisiert und aufgeblasen?

Eymann: Da setze ich sehr stark auf die teilautonomen Schulen mit den Schulleitungen. Diese sind in der Lage, die Lehrer zu unterstützen. Hier entsteht eine Kraft und diese spüren wir. Es ist ein wesentlicher Fortschritt, dass man nicht ein entfernt gelegenes Rektorat hat, das kaum Zeit hat, um die Lehrer zu beraten.

Sind die Schulleitungen eine Stütze?

Pichard: Die Schulleitungen sind heute oft dazu da, behördliche Weisungen umzusetzen. Das ist eine Folge der Hierarchisierung. Nehmen wir beispielsweise den Lehrplan 21. Die Schulleitungsvereinigung unterstützt ihn, viele Praktiker und Lehrkräfte sind skeptisch.

Kommen mit dem umstrittenen Lehrplan 21 die nächsten bürokratischen Vorgaben von oben?

Eymann: Ich werde keine Kontrollinstanz einführen, die prüft, ob die Lehrer den Lehrplan sklavisch befolgen oder nicht. Das gab es auch früher nie. Dieser Lehrplan soll ein Kompass sein und nicht die Bibel.

Weshalb braucht es ihn denn, wenn man ihn nicht einhalten muss?

Eymann: Wir haben einen politischen Auftrag, die Lehrpläne zu harmonisieren. Ausserdem: Die meisten Leute in der Arbeitsgruppe, die den Lehrplan 21 mitentwickelt haben, sind selbst einmal vor einer Schulklasse gestanden.

Sind Sie ein ewiger Motzer, Herr Pichard?

Pichard: Nein, ich bin ein Kritiker. Das Volk hat Ja zum Bildungsartikel gesagt. Aber ob das Volk Ja gesagt hat zu einer Output-Orientierung, einer Normierung und einem Bildungsmonitoring, ob es Ja gesagt hat zu einer völlig neuen Fremdsprachendidaktik oder zu einer Arbeitsgruppe von 170 Leuten, die in absoluter Geheimhaltung ein Produkt ausgearbeitet haben, das lediglich in Vernehmlassung geht, wage

ich zu bezweifeln. Mit Sicherheit hat es aber nicht Ja gesagt zu den massiven Folgekosten dieses Lehrplans und zu der uns drohenden Testkultur. Das ist alles drin in diesem Paket.

Was sind das für Tests?

Pichard: Die Lehrpläne sind kompetenzorientiert. Kompetenzen sind messbar, es werden Kompetenzraster entwickelt, die in Kompetenzstufen eingeteilt werden. Das Erreichen dieser Kompetenzen wird jeweils am Ende einer Phase getestet. Wir investieren unglaublich viel in diese Testerei, und wir werden es bezahlen mit einer Verarmung der Schule.

Eine Verarmung der Schule – ein harter Vorwurf, Herr Eymann?

Eymann: Unabhängig vom Lehrplan 21 haben die Gesellschaft und die Wirtschaft den Wunsch, zu wissen, was mit dem Steuerfranken geschieht. Dafür braucht es solche Querschnitt-tests. Doch die Resultate dürfen nicht missbraucht werden, das steht bei uns sogar im Schulgesetz. Sie dürfen weder den Eltern bekannt gegeben noch öffentlich gemacht werden. Am Tag, an dem wir von einem Gericht verpflichtet würden, die Resultate herauszugeben, höre ich mit diesen Tests auf. Wir wollen lediglich Steuerungswissen generieren – um zu wissen, wie viele Ressourcen an eine Schule abgegeben werden müssen.

Ist es nicht ein legitimer Anspruch, wissen zu wollen was die Kinder können?

Pichard: Natürlich ist es legitim, wissen zu wollen, was die Schule leistet. Doch wir haben Noten, Zeugnisse, Elternbefragungen und Lehrabschlüsse. Die Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz will uns jedoch nun, wie übrigens auch Pisa, kantonal und national normierte Kompetenzen aufdiktieren. Das ist das Neue und Brandgefährliche.

Ist es richtig, den Lehrplan 21 schon jetzt einzuführen?

Eymann: Ja. In der Berufsbildung wird übrigens schon seit ein paar Jahren auf Kompetenzen geprüft. Die Lehrer, das ist eine Elite in unserem Land, das sind geistig unabhängige Menschen. Ich gehe davon aus, dass sie Verständnis für die Notwendigkeit eines breit abgestützten Kompromisswerks in der Deutschschweiz haben. Das Schlimmste wäre ein lavierender Chef, der mal so und mal so entscheidet. Ich werde bezahlt dafür, dass ich auch mal Nein sagen kann.

Pichard: Viele Bildungspolitiker verwechseln Bildung mit Ausbildung. Ein Schreinerlehrling muss kompetenzorientiert unterrichtet werden. Aber an der Volksschule haben wir einen Bildungsauftrag. Wenn man in der Schule Kompetenzen messbar macht, gibt das ein reduktionistisches Schulbild – dann zerstört man etwas Magisches

Eymann: Ich möchte diese Kompetenzorientierung kurz erklären: Wir mussten im Geschichtsunterricht bei einem Test wissen, dass die Schlacht bei Gaugamela am 1. Oktober 331 stattgefunden hat, Punkt, fertig. Die Zusammenhänge, was diese Schlacht gegen die Perser für die Entwicklung der Welt bedeutete, war nebensächlich. Ich verstehe nun den Kompetenzbegriff so, dass man dahinterschaut, was beispielsweise die Französische Revolution bis in die Schweiz hinein und für die Gesetzgebung auch hierzulande für Folgen hatte.

Was finden Sie denn so bedrohlich an den Kompetenzen, Herr Pichard?

Pichard: Die Erklärung von Herrn Eymann ist trivial. Das haben wir immer so gemacht, nur hat das nicht Kompetenz, sondern Transfer geheissen. Aber eine weitere Gefahr sind die Kompetenzstufenmodelle und die Abschaffung der Jahrgangsziele. Das Problem ist hier, dass die Kinder einer Klasse immer mehr auseinandergezogen werden. Die Folge ist ein nur noch individuell organisierter Unterricht, in welchem der Lehrer von einem zum anderen rennt und zum Lerncoach wird. Die Instruktion des Lehrers wird immer weniger wichtig sein. Die schwächeren Schüler werden so nicht mehr viel lernen.

Kommen die Schwächsten in diesem System unter die Räder?

Eymann: Das darf nicht sein. Natürlich gibt es immer die Gefahr, dass das eine oder andere schiefgehen kann. Doch dann werden wir korrigierend eingreifen. Wir sind jetzt dabei, möglichst alle Schülerinnen und Schüler in die Regelklassen zu integrieren. Ich kann jetzt nicht sagen, dass man nicht in 15 Jahren wieder zu einer Selektion übergehen wird. Herr Pichard hat auch die Individualisierung der Schule erwähnt. Beim Schuleintritt tun sich grosse Differenzen im Entwicklungsstand der Kinder auf, das Modell der Jahrgangsklassen muss überdacht werden.

Was würde es brauchen, damit es funktioniert?

Pichard: Man darf den Lehrern nicht die Kompetenz nehmen, den Unterricht zu gestalten, und nicht stets mehr von oben diktieren. Ich sage: Gebt den Lehrern mehr Vertrauen. Die motzen zwar viel, doch die können auch was.

Sie wollen ja in Basel den Lehrplan noch in diesem Jahr einführen, Herr Eymann. Ist er damit fest installiert?

Eymann: Ja, wir führen ihn mit einer sechsjährigen Übergangsfrist ein. Wir wollen nicht zu schnell vorgehen, doch wir geben die Richtung vor, indem wir ihn als erster Kanton einführen. Was jedoch höhere Mächte verhindern mögen, ist, dass zum Schluss des Tages der Grosse Rat oder der Landrat darüber entscheiden wird. Das fände ich falsch. Das wäre eine Verpolitisierung der Schule. Wenn der Lehrplan 21 nur mit einer knappen Mehrheit durchkäme, hätten wir über Jahre hinweg einen grossen Teil des Volkes, der dagegen ist.

Werden Sie weiterhin gegen den Lehrplan 21 ankämpfen, Herr Pichard?

Pichard: Die Verpolitisierung ist eine Folge davon, dass diese Reform von oben nach unten diktiert wurde. Die Schule ist tief in unserer Demokratie verwurzelt. Wenn die Bevölkerung hier ausgeschlossen wird, beginnt sie zu bocken. Ich begrüsse die Initiativen ausdrücklich.

Ihnen, Herr Pichard, lag im Vorfeld dieses Gesprächs noch das Thema Frühfremdsprachen am Herzen. Weshalb?

Pichard: Was wollen Sie damit, Herr Eymann? Wollen Sie, dass die Schüler zum Schluss der neun Schuljahre besser Französisch können, gleich gut, oder dass man einfach Frühfranzösisch unterrichtet?

Es muss doch einen Mehrwert geben. Den sehe ich nicht.

Eymann: Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der Volksschule zwei Fremdsprachen auf dem gleichen Niveau können. Ziel ist nicht, dass man perfekt Französisch kann, sondern es stehen die Verständigung und die Kommunikation im Vordergrund. In jungem Alter ist die Aufnahmefähigkeit enorm schnell und spielerisch, deshalb der frühe Beginn.

Pichard: Ich glaube, das war eine typische Kurzschlusshandlung der Bildungspolitiker. Man hat die Resultate aus dieser Hirnforschung übernommen und sagte, je früher, desto besser, und das hat sich als falsch erwiesen. Ich kann Ihnen mehrere Studien vorlegen, die das nicht bestätigen.

Eymann: Natürlich wäre es besser, wenn mehr Unterrichtsstunden zur Verfügung stehen würden, doch dafür müsste man etwas anderes streichen. Doch wenn ich sehe, mit welcher Begeisterung die Kinder in der dritten Primarklasse an das Französisch herangehen, so habe ich keine Angst, dass wir auf dem falschem Weg sind.

Was ist denn Ihre Ideallösung, Herr Pichard?

Pichard: Sicher nicht eine solche Pseudoreform anzureissen. Das Tollste ist, dass man uns heute sagt: «Wartet, wir wollen das jetzt mal evaluieren.» Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Man führt flächendeckend eine sündhaft teure Neuerung ein, ohne diese vorher in Pilotprojekten getestet zu haben. Jetzt ist der Sprachenfrieden gefährdet, und wir haben alles andere als eine Harmonisierung. Und ich bin überzeugt, am Schluss der Schuljahre können diejenigen Schüler, die früher angefangen haben mit Französisch, die Sprache nicht besser als diejenigen in Zürich, die damit erst in der fünften Primarschulklasse beginnen. Aber Millionen von Franken, die wir dringend an anderer Stelle benötigen, werden verplempert sein.

Werden Sie an den Frühfremdsprachen festhalten, Herr Eymann?

Eymann: Ja, ich finde, wir müssen auf diesem Weg weiterfahren. Ich hätte als Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren Mühe, den Leuten im In- und Ausland zu erklären, weshalb wir wieder zurückfahren.

Pichard: Ich habe das Gefühl, wir fahren so mit der Qualität eher zurück. Die Kinder sollen in der Sprache baden, durch das Spielerische, durch reden die Fremdsprache erlernen. Man muss ja nicht stur und lustfeindlich unterrichten, doch arbeiten muss man halt auch.

Eymann: Das spricht dem jedoch entgegen, was Sie im Vorfeld gesagt haben, dass man nicht immer alles über Leistung messen soll. Das ist nun ein Bereich, wo man etwas gelassener vorgehen kann.

Basler Zeitung, 30.04.2015

<http://bazonline.ch/basel/stadt/basel/stadt/Lehrer-motzen-aber-sie-koennen-auch-etwas/story/19759781>

Schulreform in Finnland

Weniger Fächer, mehr Wissen

Von Liisa Niveri

Finnland gilt seit den Pisa-Tests als Schullabor der Welt. Jetzt probieren die Reformer etwas Neues aus: weniger Fachunterricht, mehr Kompetenzvermittlung. Sogar bei den Noten sollen Schüler mitreden dürfen.

Wenn es Nachrichten aus dem finnischen Schulsystem gibt, hört man auch in anderen Ländern genau hin. Diesmal geht es nicht um die neuesten Pisa-Tests, die in diesen Wochen wieder an deutschen Schulen geschrieben werden, sondern um eine umfangreiche Schulreform. Die greift im kommenden August und soll das Lernen in finnischen Schulen grundlegend verändern.

Die Vision der Pädagogen: Die Grenzen zwischen den Fächern werden weiter aufgeweicht, die Schüler sollen künftig noch selbstbestimmter arbeiten als bisher. Petteri Elo ist Klassenlehrer an einer Schule in Helsinki und berät Kollegen auf dem Reformweg. Er sagt: "Wir wollen den Schülern vermitteln: Du selbst bist der Hüter des eigenen Lernens."

Eigenverantwortung klingt noch nicht besonders revolutionär. Aber wenn man einmal anfängt, die Schule konsequent vom Lernprozess des Schülers her zu denken, verändert sich eine Menge. "Die größte Veränderung ist, dass die Inhalte nicht mehr im Mittelpunkt stehen", sagt Elo. Stattdessen sollen sich die Schüler eine ganze Palette von Fähigkeiten erarbeiten. "Das Leben ist nicht nur Mathe, Physik und andere Unterrichtsfächer, sondern es besteht aus ganzheitlichen Vorgängen."

Das Streben nach Ganzheitlichkeit zeigt sich im finnischen Reformprogramm sehr deutlich. Die Bildungsplaner haben sieben Kompetenzbereiche definiert, unter anderem: Kulturen kennenlernen, umfassende Informationsgewinnung, Beherrschen der Informationstechnologien, Arbeitswelt und Unternehmertum sowie Aufbau der nachhaltigen Zukunft. Im Mittelpunkt des Ganzen soll der Schüler stehen, der als Mensch und Bürger Spaß am Lernen hat - und das nicht nur im Klassenzimmer. Wenn es passt, soll Unterricht verstärkt draußen stattfinden, auf dem Land oder in der Stadt.

Was wollt ihr lernen? Und wie?

Elo nennt als Beispiel das Thema griechische Antike. "Nehmen wir die Klassen 6a und 6b. Die einen forschen über Athen, die anderen über die Olympiade. Wichtig ist, dass die Ideen von den Schülern selbst kommen. Und sie können in den Klassen völlig verschieden sein." Mit mehr Mitbestimmung bekommt das Lernen einen neuen Sinn und neue Orte. Das sei eine große Veränderung vor allem für die Lehrer, die bisher fachbezogen unterrichtet und den Stoff vorgegeben haben.

Auch bei den Klassenarbeiten ändert sich einiges: Die Schüler können ihre Lernmedien freier wählen und mal ein Buch oder mal das Internet benutzen. Und sie sollen sogar bei der Benotung mitreden dürfen.

Trotzdem verschwinden die Schulfächer nicht vom Stundenplan. "Die Fächer spielen weiterhin eine wichtige Rolle. Aber mit weniger strikter Abgrenzung und mehr praktischer Zusammenarbeit", sagt Irmeli Halinen, die im finnischen Schulministerium für die Reform verantwortlich ist.

"Man muss sich nur trauen"

Dieses fachübergreifende Lernen ist an vielen Schulen schon lange üblich - etwa an der Strömberg-Schule in Helsinki, wie die 14-jährige Siiri sagt: "Als das Thema Umweltschutz dran war, hatten wir in Biologie die Fische der Ostsee und deren Zustand erforscht, im Kunstunterricht haben wir Kunst aus Müll gemacht. Außerdem haben wir draußen Müll fotografiert und ein Recyclingzentrum besucht."

Ihren Satz, dass die Schüler im Mittelpunkt der Schule stehen soll, nehmen die Bildungsplaner in Helsinki sehr ernst. Auch die aktuelle Schulreform ist nicht an den Schreibtischen eines Ministeriums entstanden, sondern in intensiven Gesprächen mit den Beteiligten. 60.000 Schüler wurden befragt. Sie waren zwar zufrieden mit dem System, wollten aber mehr aktive Teilnahme.

Weitere Gründe für die Reform? Der Bildungsbegriff entfernt sich vom traditionellen Kanon des Wissens. Es geht nicht mehr um bruchstückhaftes Wissen, sondern um die Fähigkeit, Zusammenhänge zu finden und große Informationsmengen zu beherrschen. "Immer mehr treten auch ethische Fragen in den Vordergrund. Deshalb geht es auch um die Kunst, nachhaltig zu leben", so Halinen.

Den Lehrern wird dabei einiges abverlangt. Sie müssen einfallsreich und flexibel sein. Routine reicht nicht. Die Schulleiterin und Lehrerin Eija Lohilahti aus der Patastenmäen Schule der Stadt Riihimäki sagt: "Wir haben langsam damit angefangen. Persönlich habe ich bei den Kollegen noch keinen Widerstand erlebt. Einige sagen: Ach, so habe ich das doch schon immer gemacht. Klar gibt es Kollegen, die sich vor allem mit den Informationstechnologien schwer tun. Aber man muss sich nur trauen."

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/schule-in-finnland-reform-fuer-weniger-faecher-a-1027561.html>

Schule Zurück zum Start!

Turnstunde: Zürich will nur Lehrer mit Master-Abschluss.

Der Kanton Zürich ändert plötzlich die Anforderungen an die Sportlehrer. 20 Jahre Berufspraxis genügen nicht mehr. Susanne Loacker

Ende März 2015 haben Markus Fuchs, Marco Fassler und rund 3000 andere Fachlehrer im Kanton Zürich ein Kündigungsschreiben erhalten. Fuchs ist seit 23 Jahren Sportlehrer, Fassler seit 14. Beide haben in Magglingen studiert und dürfen seither schweizweit Sport unterrichten – eine gute Ausbildung, könnte man meinen. Die Eidgenössische Hochschule für Sport oberhalb des Bielersees ist schliesslich die einzige Hochschule im Land, die sich nur mit Sport befasst.

Doch offenbar genügt das Magglinger Diplom im Kanton Zürich nicht mehr. Und das nur deshalb, weil Fachlehrer neu direkt beim Kanton und nicht mehr bei der Gemeinde angestellt sind. Fachlehrer – also Turn-, Schwimm- und Werklehrer – werden den Primar- und Sekundarlehrern gleichgestellt, die Sprachen oder Naturwissenschaften unterrichten. Darum haben alle das Kündigungsschreiben erhalten.

Doch das war kein harmloser arbeitsrechtlicher Akt; die Kantonalisierung der Fachlehrer hat es in sich. Sie müssen plötzlich neue Bedingungen erfüllen. Allerdings kann noch niemand genau sagen, wie diese Bedingungen überhaupt aussehen.

Alles bloss Arbeitsbeschaffung?

Als die Fachlehrpersonen aufgefordert wurden, ihrer Kantonalisierung zuzustimmen, hiess es, sie müssten den Master-Abschluss nachholen. Rund 300 Sportlehrer verweherten die Zustimmung, unter ihnen auch Marco Fassler und Markus Fuchs. Fassler, dreifacher Familienvater: «Ich kann mich doch nicht einfach so verpflichten, neben meinem Vollzeitjob drei Jahre lang eine Ausbildung zu absolvieren, die 60 Prozent in Anspruch nehmen wird.»

Die betroffenen Lehrer argwöhnen, der Kanton betreibe Arbeitsbeschaffung für seine Pädagogische Hochschule (PH). Das ist nicht abwegig, denn die PH soll sowohl die Diplome und die Ausbildung der betroffenen Lehrer überprüfen als auch die geforderten Kurse anbieten. Absurderweise ist Marco Fassler Übungslehrer an der PH – angehende Sekundarlehrer absolvieren bei ihm Sport-Lernpraktika.

Beschlossen wurden die neuen Auflagen von einer Kommission des Volksschulamtes. Die Anwältin Susanne Raess, die einige der 300 betroffenen Sportlehrer vertritt, bedauert, dass bisher keine Gespräche mit dem Volksschulamt möglich waren. «Es ist für mich im Moment nicht nachvollziehbar, auf welcher Basis die Kommission ihre Entscheide gefällt hat, die viele existenziell treffen.» Raess vermutet, dass politische Gründe mitgespielt haben: «Im Kanton - Zürich möchte man möglichst wenig Lehrpersonen pro Klasse.» Das sei bei einer Neuanstellung bestimmt sinnvoll, nicht aber bei der Überführung langjährig Angestellter in ein neues Arbeitsverhältnis.

52 unterschiedliche Systeme

Walter Mengisen, der Rektor der Eidgenössischen Hochschule für Sport Magglingen, sagt: «Wir haben für 26 Kantone 52 unterschiedliche Systeme. Es geht nicht, dass Zürich beschliesst, den Lohn langjährig tätiger Lehrpersonen von einem Bachelor- oder Master-Abschluss abhängig zu machen, weil es dieses System ja erst seit Ende der neunziger Jahre gibt.» Man könne Lehrer doch nicht dafür bestrafen, dass sie früher abgeschlossen haben. «Ausserdem gibt es an den PH noch gar keine entsprechenden Angebote für die Lehrer mit älteren Zertifikaten.»

Einige Sportlehrer wollen juristisch vorgehen und haben den Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz um Unterstützung gebeten. Dessen Präsident Beat W. Zemp sagt, es sei nicht nachvollziehbar, warum man erfahrenen Lehrern, die jahrelang zur Zufriedenheit der Schulgemeinden unterrichtet haben, nicht mehr entgegenkomme als Quereinsteigern.

«Es gibt immer mehr Primar- und Sekundarlehrer und vor allem -lehrerinnen, die froh sind, wenn jemand anderes für sie die Turnstunden übernimmt.»

Markus Fuchs, Sportlehrer

Anwältin Susanne Raess kritisiert auch die Bevorteilung der Primarlehrer, deren Diplome bisher niemand überprüft hat: «Primarlehrer erteilen ja auch Sportunterricht. Aber keiner fragt, ob sie die entsprechenden Kompetenzen haben.» Markus Fuchs sagt ausserdem: «Es ist nicht so, dass wir zu viele Sportlehrer hätten. Es gibt immer mehr Primar- und Sekundarlehrer und vor allem -lehrerinnen, die froh sind, wenn jemand anderes für sie die Turnstunden übernimmt. Zudem will der Kanton ja noch Sportförderung betreiben.»

Inzwischen ist das Volksschulamt Zürich etwas zurückgekrebst. Statt von Auflagen spricht es von «Assessments» – man will keine allgemeinen Vorschriften machen, sondern die Einzelfälle prüfen. Martin Wendelspiess, Direktor des Zürcher Volksschulamtes, sagt: «Der Umfang einer allfälligen Weiterbildung wird sich zwischen einem und 10 ECTS-Punkten, im Einzelfall um bis zu 15 Punkte bewegen.»

Will heissen: Die Kantonalisierung kann für einzelne Lehrer einen Aufwand von 30 bis maximal 450 Stunden bedeuten, damit sie dieselbe Arbeit, die sie seit Jahren oder Jahrzehnten ausführen, weiterhin verrichten dürfen.

Dem Kantonsrat liegt inzwischen eine dringliche Anfrage zum Thema vor. Sie soll in Kürze behandelt werden.

Beobachter, 30. April 2015

http://www.beobachter.ch/arbeit-bildung/schule/artikel/schule_zurueck-zum-start/

Im Katastrophenzustand

«Das ist mit Erziehung nicht zu lösen»: Im vollen Saal der Steiner-Schule erklärte Michael Winterhoff, wie die kindliche Psyche funktioniert. (Bild: Hanspeter Schiess)

Jugendliche benehmen sich wie Kleinkinder, und die dauergestressten Eltern merken es nicht einmal. Der bekannte Kinderpsychiater Michael Winterhoff erzählte in der Steiner-Schule von der heutigen Misere – und zeigte Auswege auf.

ROGER BERHALTER

Es ist starker Tobak, den Michael Winterhoff an diesem Donnerstagabend dem vollen Saal der Steiner-Schule vorsetzt. So wie er am Rednerpult steht und scheinbar frei referiert – braungebrannt, mit gut sitzendem Anzug und lässig offenem Hemd – könnte er auch Banker oder CEO sein. Doch Winterhoff ist Kinderpsychiater und rüttelt in klaren Sätzen auf: «An 80 Prozent der Kinder geht die Bildung vorbei.» Oder: «Fast jeder zweite Schulabgänger ist nicht arbeitsfähig.» Bevor er seine Thesen erläutert, bittet er das Publikum um Offenheit: «Stellen Sie Ihr Denken ein.»

Gefragter Experte

Nein, auf den Mund gefallen ist der Deutsche nicht, dazu war er schon in zu vielen Talkshows zu Gast. Seit seinem Buch «Warum unsere Kinder Tyrannen werden» aus dem Jahr 2008 gilt Winterhoff als einer der gefragtesten – aber auch umstrittensten – Kinderpsychiater. Sein Vortrag in St. Gallen stösst ebenfalls auf grosses Interesse. Mehr als 300 Zuhörerinnen sitzen im Saal. Die Männer sind mitgemeint, aber in der Minderheit. Ebenso die Nicht-Pädagogen. Vor allem Lehrerinnen, Sozialpädagoginnen und -therapeutinnen sind gekommen, um Winterhoffs Thesen zu hören. Immer wieder raunen sie zustimmend, auffällig viele Notizblöcke werden gezückt.

Diebstahl ist normal

Zu notieren gibt es einiges. Winterhoff stellt sein mittlerweile sechstes Buch «SOS Kinderseele» vor, in dem er nichts weniger als einen Katastrophenzustand beschreibt. Der Psychiater stützt sich dabei auf konkrete Fälle aus seiner Kinder- und Jugendpraxis: Jener Jugendliche, der erst um fünf Uhr abends aufsteht, dann die Nacht am Computer verbringt und tagsüber schwänzt und schläft. Oder jener 16-Jährige, der zwar intelligent und freundlich ist, aber bei hellichtem Tag in einen Baumarkt einbricht, weil er gerade unbedingt ein Werkzeug braucht. «Diese Jugendlichen sind auf dem Entwicklungsstand eines 10 bis 16monatigen Kleinkinds stecken geblieben», stellt Winterhoff nüchtern fest. Und es seien keine Einzelfälle, nein: Jeder zweite Jugendliche sei mittlerweile in der emotionalen und sozialen Entwicklung zurückgeblieben. Ihre Welt drehe sich nur um sie, sie seien weder team-, noch begeisterungsfähig, und sie behandelten ihre Eltern wie Gegenstände, die man nach Belieben steuern kann.

Starker Tobak, also. Und die Eltern sind laut Winterhoff nicht besser: Dauerangespannt und ständig im «Katastrophenzustand», sind sie mit ihren Kindern längst eine fatale Symbiose eingegangen: Sie nehmen die Kinder nicht mehr als Kinder wahr, sondern als Teil ihrer Selbst, wie eine Verlängerung des eigenen Armes.

Arbeiten trotz Sonnenschein

So entmutigend all das klingt, so unterhaltsam gestaltet der Experte seinen Vortrag. Allein wie er in wenigen Sätzen die Entwicklung der Kinderpsyche von 0 bis 14 Jahren zusammenfasst, ist rhetorisch meisterhaft und für jeden Laien verständlich. Und einen so abstrakten Fachbegriff wie Frustrationstoleranz kann er herrlich einfach erklären: «Wir können arbeiten gehen, obwohl die Sonne scheint.»

Wer von ihm aber Erziehungstips erwartet hat, wird an diesem Abend enttäuscht: «Erziehung ist nicht mein Thema.» Stattdessen fokussiert er auf die Psyche der Kinder, diese gelte es wieder so zu entwickeln, wie es früher noch üblich war. Damit ein Sechsjähriger wieder ohne Murren den Tisch deckt und damit man einen Gymnasiasten nicht dreimal aufrufen muss, bis er reagiert.

Im Wald spazieren gehen

«Ich bin Arzt», betont Winterhoff mehrfach. Also bietet er nach seiner Diagnose auch eine Therapie an. Erstens: Die Eltern sollen für sich sorgen, zur Ruhe kommen, aus dem Katastrophenzustand raus und rein in den Wald, spazieren, allein und ohne Ablenkung. «Danach gehen Sie völlig anders mit Ihren Kindern um.» Zweitens: Die Kinder wieder als Kinder sehen – und nicht als Partner, denen man alles erklären und begreiflich machen kann. Drittens: Die Psyche der Kinder entwickeln, so dass sie wieder wahrnehmen, was sie in ihrem Alter wahrnehmen sollten. «Über Strenge und Erziehung ist das nicht zu lösen.»

Tagblatt, 2. Mai 2015

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-st/Im-Katastrophenzustand;art186,4210874>

Kompetenzorientierter Unterricht (Realsatire)

Einen Vorgeschmack, was auf uns Lehrer in den verschiedenen Weiterbildungsanlässen zum Lehrplan 21 zukommen wird, liefert der Kanton Basel-Stadt. Ein Beispiel gefällig? Im Kapitel Performanz und Beurteilung ist folgendes zu lesen:

Im Vergleich zum klassischen Lernen, Testen und Prüfen unterscheidet sich die kompetenzorientierte Beurteilung durch Bewertungskriterien, welche auf nach Leistungsniveaus abgestuften Kompetenzbeschreibungen (z.B. Kompetenzrastern) beruhen. Nach ihnen können die Lern- und Prüfungsarbeiten beispielsweise in der Sekundarschule drei Leistungszügen zugeordnet werden. Die soziale Bezugsnorm tritt bei einer solchen auf Kriterien basierten Beurteilung in den Hintergrund. Konsequenz zu Ende gedacht würde das bedeuten, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler bei einer formativen Standortbestimmung, bei einer Prüfung oder im Zeugnis zwar mit Prädikaten – die einen Bezug zu einem bestimmten Leistungsniveau haben –, nicht jedoch mit den gängigen Noten ausgedrückt werden.

Kompetenzorientiert fördern und beurteilen, Erziehungsdepartement Basel-Stadt

http://edudoc.ch/record/117087/files/Kompetenzorientiert_foerdern_und_beurteilen_2015.pdf

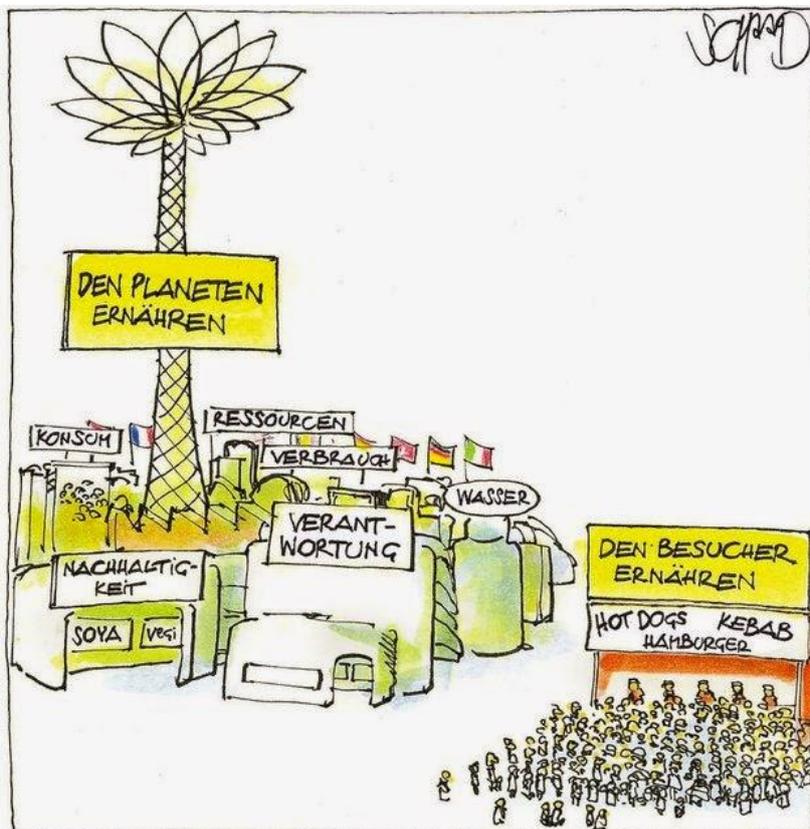
aus Schule Schweiz, 1. Mai 2015

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/05/kompetenzorientierter-unterricht.html>

Die Fleischkäsewerkstatt

<http://www.lvb.ch/de/Aktuell/Aktuelle-Ausgabe-lvb-inform.php>

Lehrplan 21 an Expo Mailand



Expo Mailand 2015 ganz im Sinne des Lehrplans 21: Kompetenzblasierte Handlungsorientierung. Oder in den Worten des Karikaturisten: Viel Kulisse, wenig Inhalt.
Quelle: Tages Anzeiger, 30.4. Karikatur von Felix Schaad

Schule Schweiz,
30. April 2015

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/04/lehrplan-21-expo-mailand.html>